

Februar 2013

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Deutliche Mehrheit gegen die Anschaffung von „Kampfdrohnen“	3
Führungsduo Brüderle/Rösler: Keine Verbesserung der FDP-Wahlchancen der FDP aus Sicht der Bürger	4
Politikerbewertung: Merkel mit bestem Wert seit der Bundestagswahl, Brüderle mit deutlichem Ansehensverlust	5
Kanzler-Direktwahl: Merkel baut Vorsprung auf Steinbrück aus.....	7
Kandidat Steinbrück als Wahlmotiv umstritten.....	8
Sechs von zehn gegen Fortführung von Schwarz-Gelb	9
Sonntagsfrage: Union weiter stark, FDP weiter unter Mandatsschwelle	10
Schwarz-Gelb steht für Wachstum, Rot-Grün für Gerechtigkeit.....	12
Keiner Partei wird Führungsrolle eindeutig zugeschrieben.....	13
Deutliche Mehrheit für stärkere europäische Integration	14

ARD – DeutschlandTREND Februar 2013

Umfrage zur politischen Stimmung
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800
WDR-Redakteur	Ingmar Cario: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung Infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.007 Befragte Sonntagsfrage: 1.507 Befragte Fragen zur Wechselstimmung: rund 500 Befragte
Erhebungszeitraum	28. bis 29. Januar 2013 Sonntagsfrage: 28. bis 30. Januar 2013
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	Infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

Zusammenfassung

Die vom Verteidigungsministerium geplante Anschaffung von sogenannten „Kampfdrohnen“ findet in der Bevölkerung keine Unterstützung: Zwei Drittel (65 Prozent) sprechen sich gegen einen Kauf solcher Waffensysteme aus. Lediglich ein Drittel (32 Prozent) hält diesen Schritt für richtig. Unter der Ablehnung dieses Vorhabens leidet die Beliebtheit des Ministers: Derzeit sind 57 Prozent mit der Arbeit von Thomas de Maizière zufrieden, ein Minus von 6 Punkten im Vergleich zu Anfang Januar.

Das Führungsduo der FDP mit dem Spitzenkandidaten Rainer Brüderle und dem Vorsitzenden Philipp Rösler sehen die Deutschen skeptisch: Lediglich jeder Dritte (32 Prozent) glaubt, dass dieses Duo die Wahlchancen der Liberalen verbessern wird. Demgegenüber gehen 51 Prozent aller Wahlberechtigten davon aus, dass sich diese Konstellation eher negativ auf das Abschneiden der FDP auswirken wird. Jeder Zweite (49 Prozent) rechnet ohnehin nicht damit, dass das Spitzenduo bis zur Bundestagswahl im September Bestand haben wird.

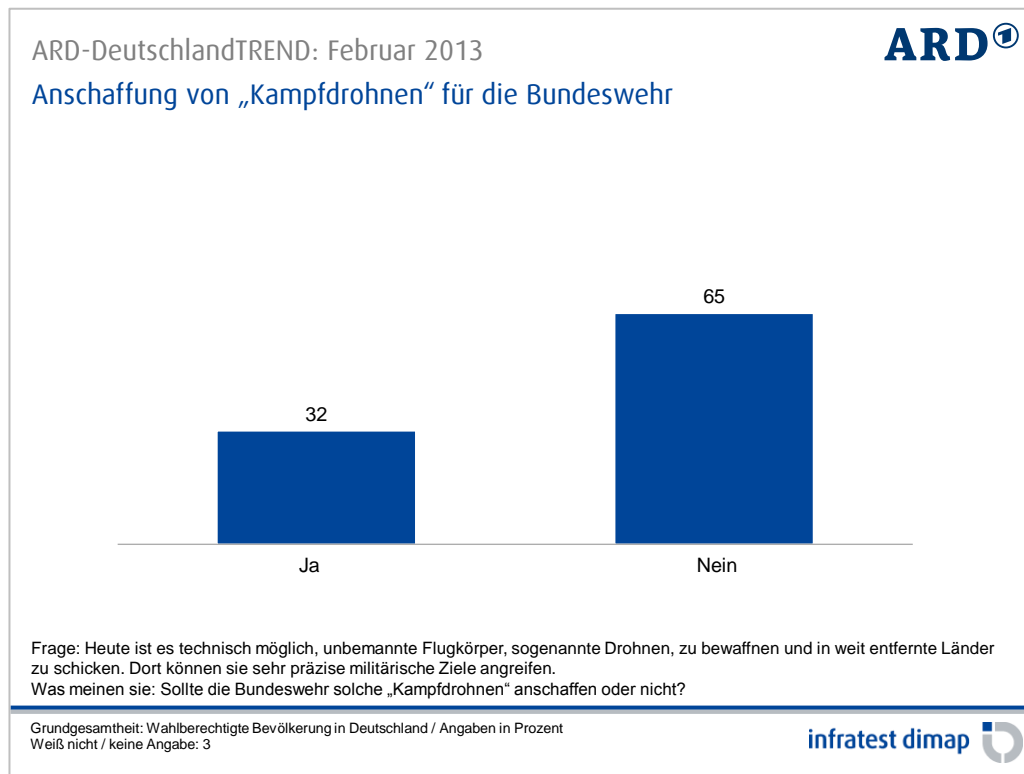
Sein Zaudern bei der Übernahme des FDP-Parteivorsitzes und die durch einen Zeitungsbeitrag bekannt gewordenen Vorwürfe sexueller Belästigung haben dem Ansehen Brüderles offenbar deutlich geschadet: Derzeit sind 28 Prozent der Deutschen mit seiner politischen Arbeit zufrieden – ein Minus von 9 Punkten im Vergleich zum DeutschlandTREND vor drei Wochen. Von der neuen personellen Aufstellung der FDP profitiert der Parteivorsitzende: Mit einer Zustimmungsrate von 22 Prozent (+5) verbessert sich das Ansehen Philipp Röslers zwar deutlich, er bleibt aber weiterhin Schlusslicht der abgefragten Politiker. Populärster Liberaler ist Guido Westerwelle, dem für seine Arbeit als Außenminister 46 Prozent der Deutschen gute Noten geben – sein höchster Wert in seiner Amtszeit. Spitzenreiterin bleibt Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit deren Wirken 71 Prozent (+6) zufrieden sind – ihr bester Wert in der laufenden Legislaturperiode. Ihre aktuell große Popularität hilft Merkel auch in der direkten Auseinandersetzung mit ihrem SPD-Herausforderer. Derzeit würden sich bei einer Kanzler-Direktwahl 59 Prozent für die Amtsinhaberin und 28 Prozent für Peer Steinbrück entscheiden. Die CDU-Chefin baut damit ihren Vorsprung auf 31 Punkte aus.

Nach wie vor wünschen sich sechs von zehn Deutschen einen Regierungswechsel im September. Zwar steht die schwarz-gelbe Koalition aus Sicht der Bürger für „Wachstum“ und „Sicherheit“ – zugleich aber auch für „Vergangenheit“. Mit einem rot-grünen Bündnis verbinden die Deutschen hingegen „Aufbruch“. Dass sich der Wunsch nach einem Regierungswechsel vor allem an der FDP festmacht, zeigt die Stärke der Union und die anhaltende Schwäche der Liberalen in der politischen Stimmung: Die CDU/CSU ist mit einem Stimmenanteil von 40 Prozent (-2 im Vergleich zur Vorwoche) trotz leichter Verluste mit Abstand stärkste Partei, während die FDP (4 Prozent) weiterhin unter der Mandatsschwelle verharrt. Die SPD erreicht konstant 27 Prozent, während die Grünen einen Punkt auf 15 Prozent zulegen können. Die Linke erreicht wie in der Vorwoche einen Stimmenanteil von 6 Prozent, während die Piraten leicht zulegen (4 Prozent, +1).

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Februar 2013, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 28. bis 30. Januar 1.007, für die Sonntagsfrage 1.507 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Deutliche Mehrheit gegen die Anschaffung von „Kampfdrohnen“

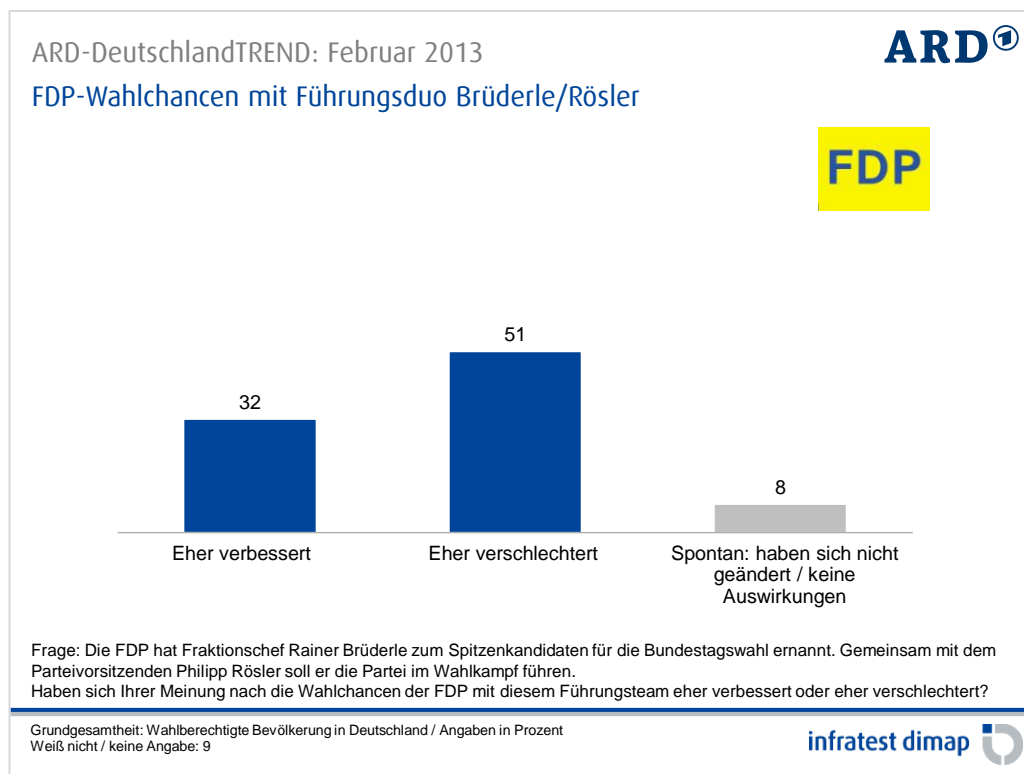
Die Streitkräfte der USA operieren seit langem mit unbemannten ferngelenkten Flugkörpern, den sogenannten „Kampfdrohnen“. Nun hat Verteidigungsminister Thomas de Maizière verkündet, es gäbe in der Bundesregierung ernsthafte Überlegungen, solche Waffen auch für die Bundeswehr zu beschaffen. In der Bevölkerung Deutschlands kann der Verteidigungsminister für das Vorhaben jedoch nicht mit Beifall rechnen: Zwei Drittel (65 Prozent) sprechen sich gegen einen Kauf solcher Waffensysteme aus. Lediglich ein Drittel (32 Prozent) hält diesen Schritt für sinnvoll und richtig.



In fast allen Bevölkerungsgruppen stößt die Anschaffung von „Kampfdrohnen“ auf mehrheitliche Ablehnung, auch in der Anhängerschaft der Union.

Führungsduo Brüderle/Rösler: Keine Verbesserung der FDP-Wahlchancen der FDP aus Sicht der Bürger

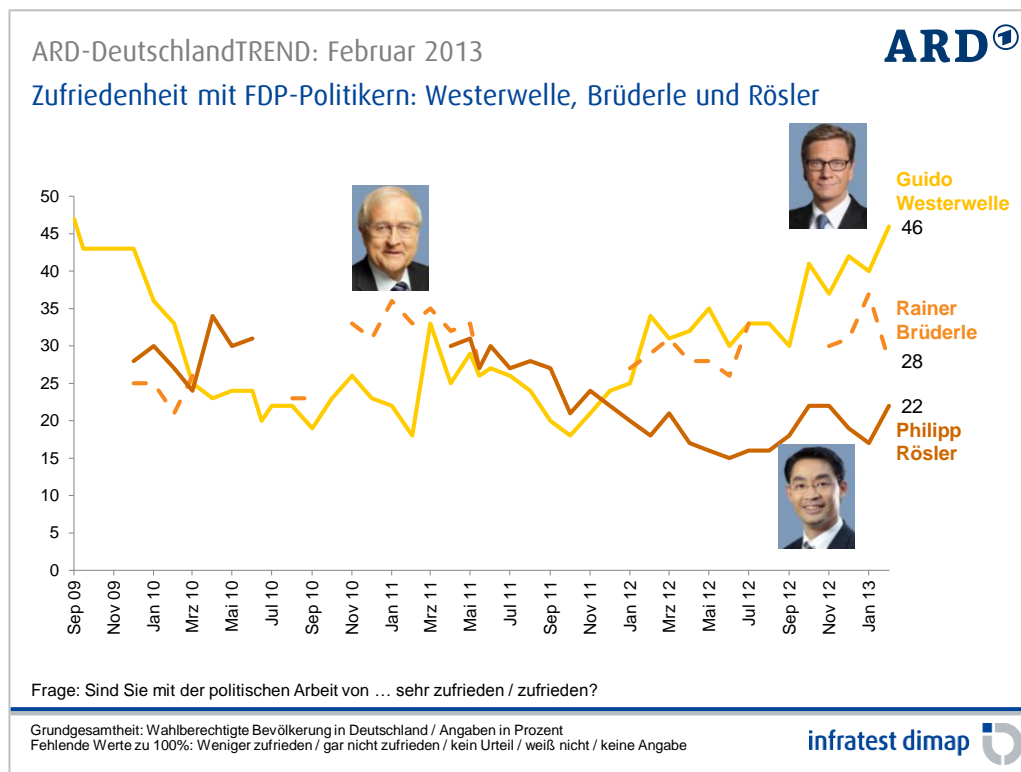
Unmittelbar nach dem überraschend guten Abschneiden der FDP bei der Landtagswahl in Niedersachsen hat der Vorsitzende der Liberalen, Philipp Rösler, einen Machtkampf an der Spitze der FDP für sich entschieden. Demnach wird Fraktionschef Rainer Brüderle Röslers Parteiamt nicht übernehmen, der Pfälzer soll aber als Spitzenkandidat „Gesicht und Kopf“ der FDP bei der bevorstehenden Bundestagswahl sein. Die Bevölkerung bewertet die möglichen Erfolge dieses Führungsduos indes skeptisch. Lediglich jeder Dritte (32 Prozent) glaubt, ein Duo aus Brüderle und Rösler an der Parteispitze würde die Aussichten auf ein gutes Abschneiden der Liberalen erhöhen. Hingegen gehen 51 Prozent aller Wahlberechtigten davon aus, dass sich diese Konstellation eher negativ auf die Wahlchancen der FDP auswirken wird.



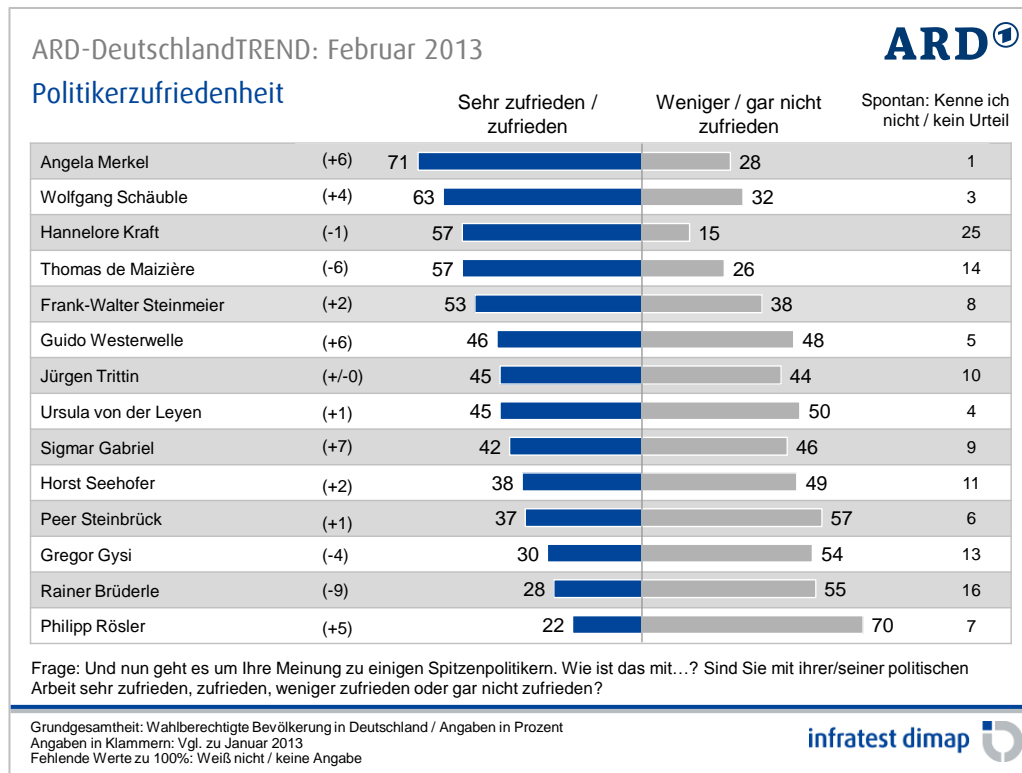
Umstritten ist dabei zudem die Frage, ob das Führungsteam aus Rainer Brüderle und Philipp Rösler bis zur Bundestagswahl im September halten wird. Nach Einschätzung von 46 Prozent stehen die Chancen dafür gut. Mit einem vorzeitigen Zerbrechen der Wahlkampfduos rechnen hingegen 49 Prozent.

Politikerbewertung: Merkel mit bestem Wert seit der Bundestagswahl, Brüderle mit deutlichem Ansehensverlust

Der Fraktionsvorsitzende der Liberalen, Rainer Brüderle, hat eine turbulente Woche hinter sich: Zwar wurde Brüderle nach dem Wahlerfolg der Liberalen in Niedersachsen zum Spitzenkandidaten seiner Partei gekürt, sah sich jedoch zugleich Kritik gegenüber, er habe bei der möglichen Übernahme des Parteivorsitzes zu stark gezaudert. Daneben wurde der Pfälzer wenig später mit Vorwürfen sexueller Belästigung konfrontiert. Die durch den Beitrag im Wochenmagazin STERN ausgelöste Debatte und sein Zaudern im Führungsstreit hat dem Ansehen des FDP-Politikers offenbar deutlich geschadet: Derzeit sind 28 Prozent der Deutschen mit seiner politischen Arbeit zufrieden – ein Minus von 9 Punkten im Vergleich zum DeutschlandTREND vor drei Wochen. Von der neuen personellen Aufstellung der FDP profitiert der Parteivorsitzende: Mit einer Zustimmungsrate von 22 Prozent (+5) verbessert sich das Ansehen Philipp Röslers zwar deutlich, er bleibt aber weiterhin Schlusslicht der abgefragten Politiker. Außenminister Guido Westerwelle vermag seinen Rückhalt in der Bevölkerung auf 46 Prozent (+6) steigern und erreicht damit seinen besten Wert im ARD-DeutschlandTREND in seiner Funktion als oberster Diplomat Deutschlands.



Spitzenreiterin bleibt Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit deren Wirken drei von zehn Deutschen (71 Prozent, +6) zufrieden sind. Dies ist ihr bester Wert in der laufenden Legislaturperiode. Mit einigem Abstand folgt Finanzminister Wolfgang Schäuble, dessen Arbeit derzeit von 63 Prozent (+4) wohlwollend beurteilt wird. Die in der Bevölkerung unbeliebte Anschaffung von Bundeswehr-Drohnen wirkt sich auf Beurteilung des Verteidigungsministers aus: Mit der Arbeit von Thomas de Maizière sind in diesem Monat 57 Prozent der Bürger einverstanden, 6 Punkte weniger als zu Jahresbeginn. Seine Kabinettskollegin Ursula von der Leyen bekommt wie zuvor von 45 Prozent (+1) der Bürger gute Noten.

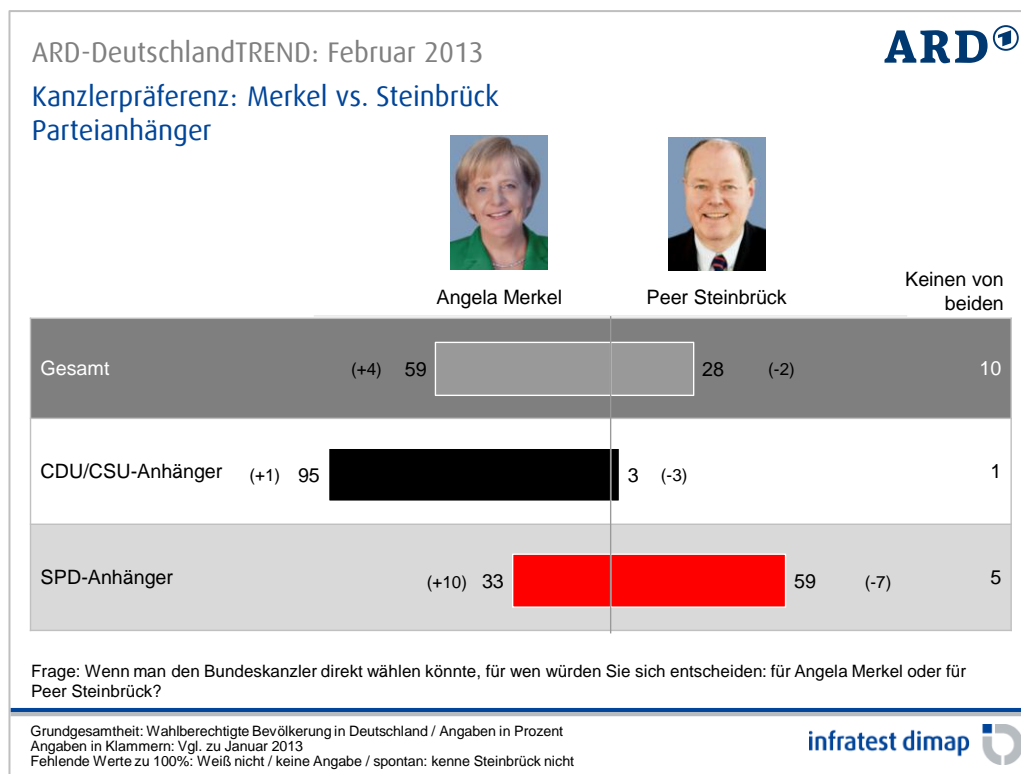


Die beliebtesten sozialdemokratischen Politiker sind derzeit die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (57 Prozent, -1) und der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier (53 Prozent, +2). Der Parteichef der Sozialdemokraten, Sigmar Gabriel, kann seinen Rückhalt auf nun 42 Prozent deutlich ausbauen (+7). Peer Steinbrück, Herausforderer Merkels, verharrt hingegen im hinteren Mittelfeld: Mit seinem politischen Wirken sind aktuell 37 Prozent zufrieden (+1).

Einen guten Platz im Mittelfeld belegt Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin mit 45 Prozent Zuspruch (+/-0). Weiter hinten platziert sich gleichauf mit Steinbrück der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (38 Prozent, +2). Das Wirken des Linke-Fraktionschefs Gregor Gysi wird etwas kritischer beurteilt als Anfang Januar (30 Prozent, -4).

Kanzler-Direktwahl: Merkel baut Vorsprung auf Steinbrück aus

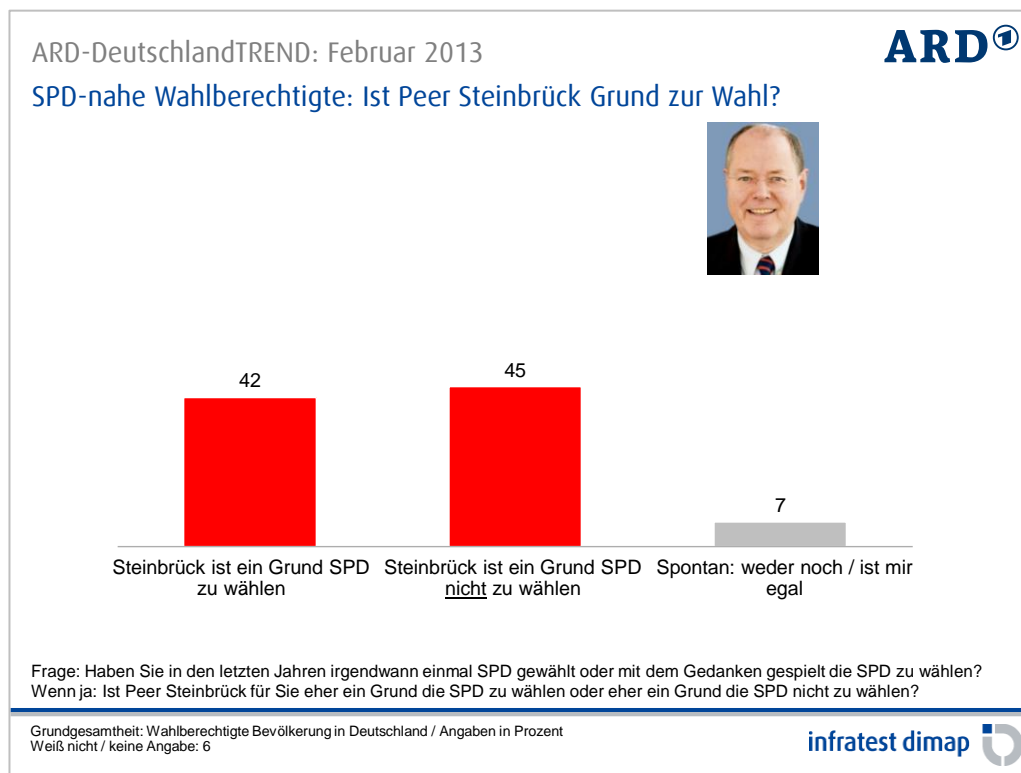
Die größere Beliebtheit der amtierenden Kanzlerin spiegelt sich auch in diesem Monat in der Frage, wen die Deutschen als Kanzlerin bzw. Kanzler bevorzugen. Könnten die Wahlberechtigten den Regierungschef direkt wählen, würden sich 59 Prozent für Angela Merkel und lediglich 28 Prozent für Peer Steinbrück entscheiden. Im Vergleich zum letzten DeutschlandTREND Anfang Januar baut die Amtsinhaberin den Abstand zu ihrem Herausforderer auf 31 Prozentpunkte aus. Der durch den Regierungswechsel zu Rot-Grün in Niedersachsen erhoffte Rückenwind für die SPD und ihren Kanzlerkandidaten ist somit zumindest auf Personenebene ausgeblieben.



Grund für das bessere Abschneiden Merkels ist in erster Linie die mangelnde Mobilisierung der eigenen Anhänger durch Steinbrück: Immerhin rund ein Drittel der SPD-Anhänger (33 Prozent) würde sich nicht für den Sozialdemokraten, sondern für die christdemokratische Amtsinhaberin entscheiden.

Kandidat Steinbrück als Wahlmotiv umstritten

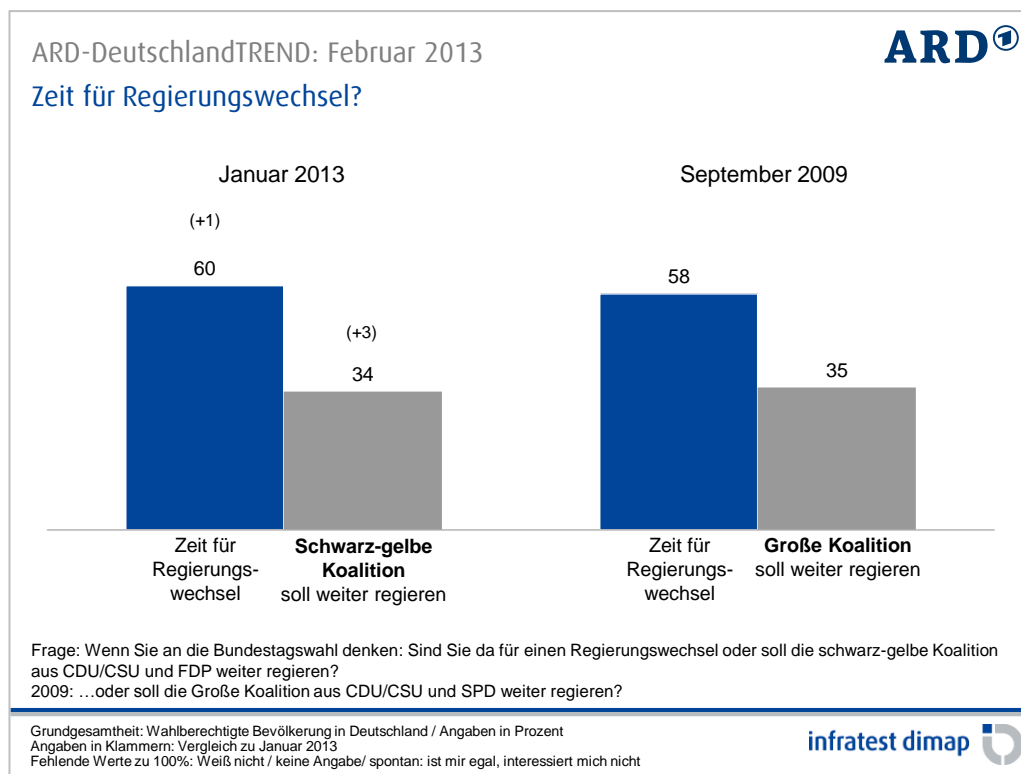
Seit seiner Nominierung als SPD-Kanzlerkandidat ist Peer Steinbrück u.a. wegen seiner Nebeneinkünfte und seiner Äußerungen zur Höhe des Kanzlergehalts Kritik ausgesetzt. Daraus ergibt sich die Frage, inwiefern er über die Kernwählerschaft der Sozialdemokraten hinaus zur Stimmabgabe zugunsten der SPD motivieren kann oder ob er eher potentielle Wähler abschreckt. Steinbrück als SPD-Wahlmotiv ist umstritten: Befragte, die in den letzten Jahren ihre Stimme schon mal der SPD gegeben oder zumindest mit dem Gedanken gespielt haben, geben auf der einen Seite (42 Prozent) an, dass der frühere Finanzminister ein Grund für die Wahl der SPD ist. Auf der anderen Seite sehen aber etwa genauso viele (45 Prozent) in Steinbrück den Anlass, der sie eher von der Stimmabgabe für die SPD abhält.



Bei den derzeitigen Anhängern der SPD ist der Anteil derer, die in Peer Steinbrück ein Wahlmotiv zugunsten der SPD sehen, mit 61 Prozent am größten. Allerdings sind bemerkenswerte 25 Prozent der Ansicht, dass der Kanzlerkandidat für ein SPD-Votum eher hinderlich ist.

Sechs von zehn gegen Fortführung von Schwarz-Gelb

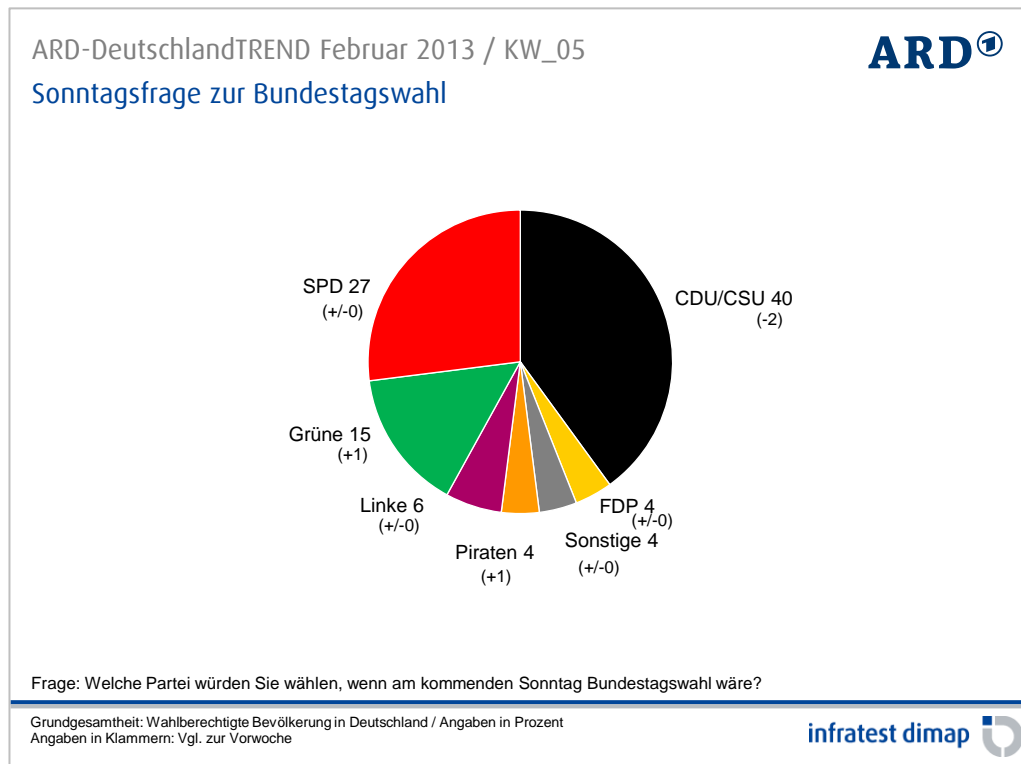
Unabhängig davon, ob nach der Bundestagswahl im Herbst eine Koalition der bürgerlichen Parteien über genug Mandate im Parlament verfügt – die Mehrheit der Deutschen spricht sich gegen eine Fortsetzung von Schwarz-Gelb aus. 60 Prozent der Bundesbürger sprechen sich für einen Regierungswechsel aus. Lediglich ein Drittel (34 Prozent) ist der Meinung, dass die amtierende Regierungskonstellation über den Herbst hinaus Bestand haben sollte.



Damit ist der Wunsch nach einem Wechsel der Regierungszusammensetzung so groß wie im September 2009 im Vorfeld der letzten Bundestagswahl.

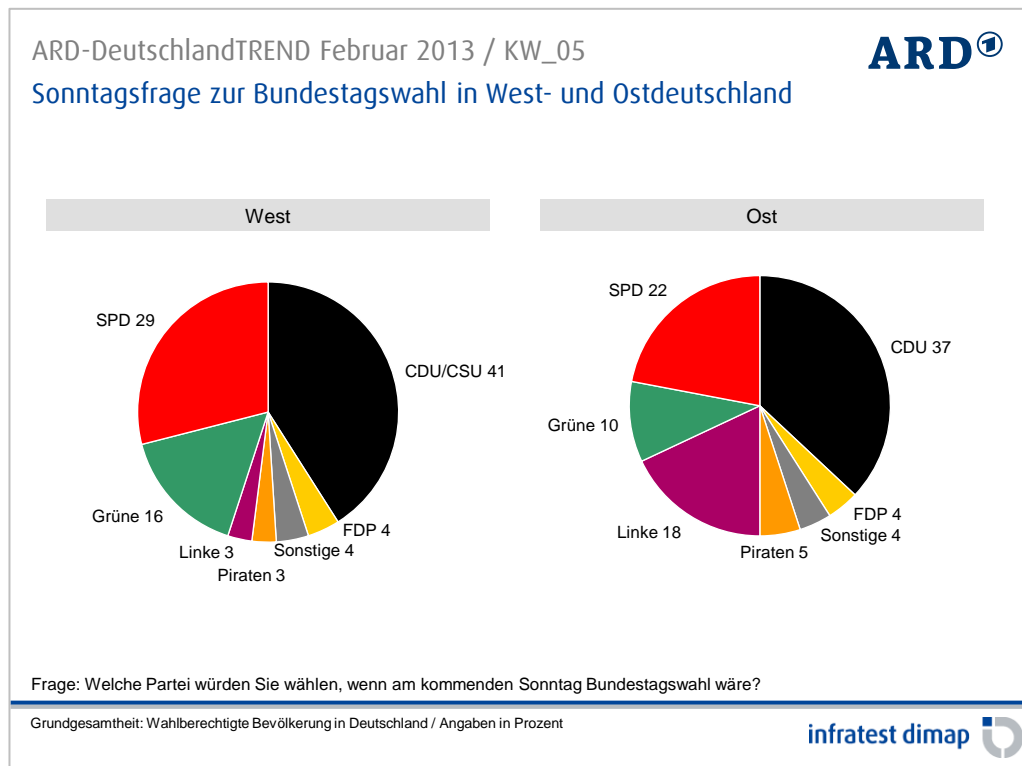
Sonntagsfrage: Union weiter stark, FDP weiter unter Mandatsschwelle

Dass sich der Wunsch nach einem Regierungswechsel vor allem an der FDP festmacht, zeigt die Stärke der Union und die anhaltende Schwäche der Liberalen in der politischen Stimmung: Die CDU/CSU ist mit einem Stimmenanteil von 40 Prozent (-2 im Vergleich zur Vorwoche) trotz leichter Verluste mit Abstand stärkste Partei, während die FDP (4 Prozent) weiterhin unter der Mandatsschwelle verharret. Die SPD erreicht konstant 27 Prozent, während die Grünen einen Punkt auf 15 Prozent zulegen können. Die Linke erreicht wie in der Vorwoche einen Stimmenanteil von 6 Prozent. Die Piraten legen leicht zu (4 Prozent, +1). Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent der Stimmen.



Wäre dies das Ergebnis des Urnengangs hätte neben einer Großen Koalition sowohl ein Zusammenschluss aus Union und Grünen als auch ein rot-rot-grünes Bündnis eine Mehrheit im Bundestag.

In den alten Bundesländern erreicht die Union einen Stimmenanteil von 41 Prozent und liegt damit deutlich vor den Sozialdemokraten mit 29 Prozent. Drittstärkste Kraft sind die Grünen mit 16 Prozent. Sowohl FDP (4 Prozent) als auch Linke und Piraten (jeweils 3 Prozent) bleiben in den westlichen Bundesländern unterhalb der 5-Prozentmarke.

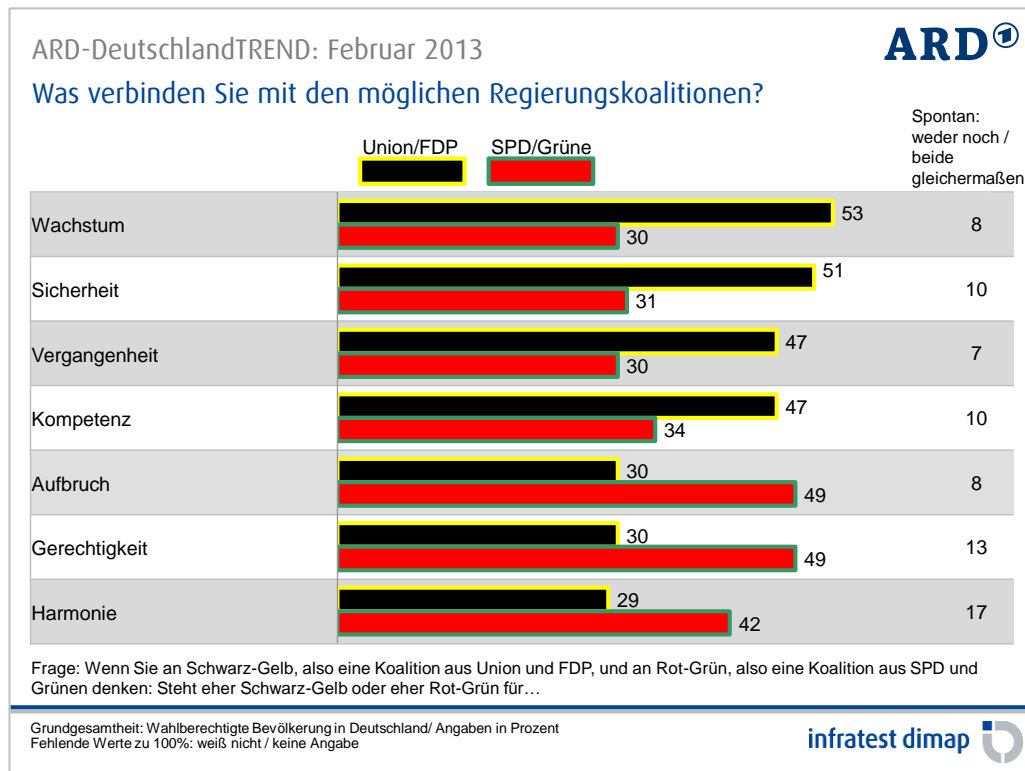


In den neuen Bundesländern ist der Abstand der CDU mit 37 Prozent vor der zweitstärksten Partei, SPD mit einem Wähleranteil von 22 Prozent, noch größer als im Westen. Dritte Kraft sind hier allerdings nicht die Grünen (10 Prozent), sondern die Linkspartei mit 18 Prozent. In den östlichen Bundesländern erreicht die Piratenpartei 5 Prozent der Stimmen, während die FDP auf 4 Prozent abrutscht.

Die ‚Sonntagsfrage‘ misst aktuelle Wahlneigungen, kein tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess, der erst am Wahltag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

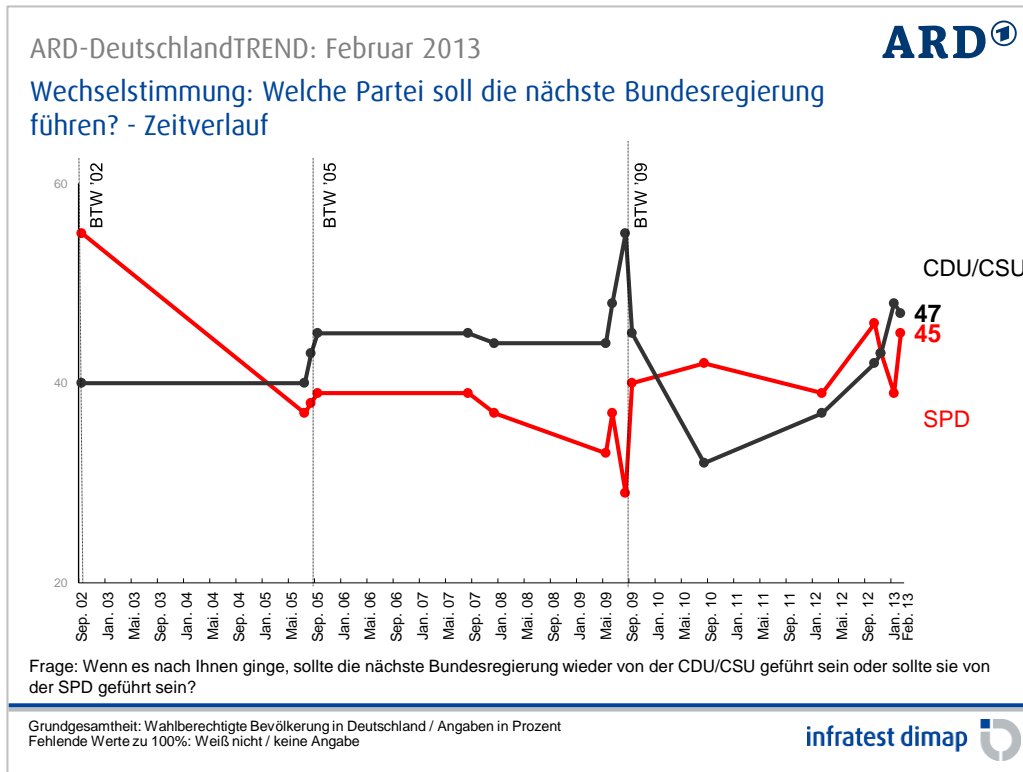
Schwarz-Gelb steht für Wachstum, Rot-Grün für Gerechtigkeit

Der Grund für die skeptische Haltung gegenüber der CDU/CSU/FDP-Koalition wird deutlich bei einem Begriffsvergleich zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün. Zwar steht die amtierende Koalition aus Sicht der Bürger eher für „Wachstum“ (53:30 Prozent), „Sicherheit“ (51:31 Prozent) und „Kompetenz“ (47:34 Prozent) als Rot-Grün. Zugleich verbinden die Deutschen mit Schwarz-Gelb aber auch „Vergangenheit“ (47:30 Prozent), während ein Bündnis aus SPD und Grünen „Aufbruch“ symbolisiert (30:49 Prozent). Darüber hinaus verbinden die Bürger mit einer rot-grünen Koalition eher „Gerechtigkeit“ (30:49 Prozent) und Harmonie (29:42 Prozent).



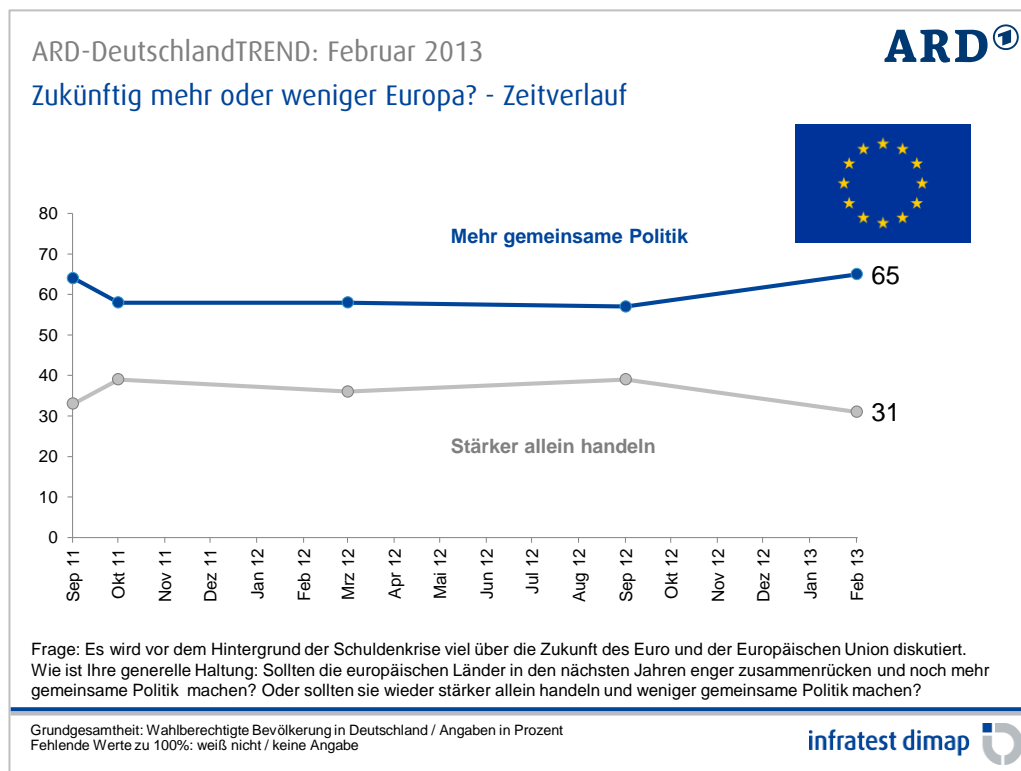
Keiner Partei wird Führungsrolle eindeutig zugeschrieben

Wie zu Jahresbeginn ist fast jeder Zweite (47 Prozent) der Meinung, dass die Union auch nach dem Urnengang im September die Bundesregierung anführen sollte. Dadurch wird deutlich, dass sich der Wunsch nach einem Regierungswechsel vor allem an der FDP festmacht. Zugleich vertreten aber fast genauso viele Wahlberechtigte (45 Prozent) den Standpunkt, dass die SPD führende Regierungspartei werden sollte.



Deutliche Mehrheit für stärkere europäische Integration

Aus Anlass des vom britischen Premierminister David Cameron angekündigten Referendums über ein Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union wird darüber diskutiert, ob die Europäische Union stärker zusammenwachsen und mehr gemeinsame Politik betreiben oder ob nationale Politik wieder eine größere Rolle spielen soll. Die Antwort der Bundesbürger dazu ist eindeutig: Zwei Drittel (65 Prozent) unterstützen die Forderung einer verstärkten europäischen Integration, während lediglich rund ein Drittel (31 Prozent) dafür eintritt, wieder mehr Kompetenzen auf die Nationalstaaten zu übertragen.



Für einen Zuwachs gemeinsamer Politik sprechen sich Mehrheiten in allen Parteianhängerschaften aus, die im Lager der Linken mit 51 Prozent etwas moderater, in den Reihen der Grünen mit 81 Prozent hingegen besonders hoch ausfällt.

Die politische Entwicklung der letzten Monate hat den Wunsch nach einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit offenkundig stärker werden lassen.

--

Richard Hilmer
Reinhard Schlinkert